Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

25.10.2014 Nr. 61

Inhalt:


| | | | |
|---|---|---|---|
| Parkautomaten am Bahnhof | S. 01 | Jugendtreff am Obenende | S. 02 |
| Mehr Parkplätze am Bahnhof | S. 01 | Besuch im Gründerzentrum | S. 02 |
| CDU-Fraktion bricht Versprechen | S. 02 | Besuch der Kindertagesstätte David | S. 03 |
| | | Vorzeitiger Baubeginn bei David | S. 04 |


**Mai 2002**

# Ein Stück aus dem Tollhaus

**Betrifft Artikel: „Automat kein Schildbürgerstreich" in der Ems-Zeitung vom 4. Mai.**

„Ob der Parkautomat am Bahnhof zum Schildbürgerstreich wird, muss sich erst noch erweisen. Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus: Noch bevor die Stadträte über die Absicht der Aufstellung informiert wurden und bevor eine Gebührenordnung durch den Stadtrat verabschiedet wurde, schafft die Stadtverwaltung Fakten.

Angesichts dieser Tatsache ergeben sich mehrere Fragen. Wer ist verantwortlich für die Planung und Anschaffung des Parkautomaten? Ist der Bürgermeister über diese Planungen informiert gewesen? Wenn ja, warum hat er dann den Stadtrat nicht rechtzeitig informiert? Wenn nein, wer ist dann eigentlich Chef der Verwaltung? Schließlich muss man sich angesichts dieses Vorgangs fragen, ob bereits weitere Parkuhren bestellt wurden, angeschafft worden sind oder deren Aufstellung an anderer Stelle bereits geplant ist?

Angesichts der leeren Haushaltskasse wäre es nicht verwunderlich, wenn zum Beispiel für den Hauptkanal bereits Pläne für die Aufstellung weiterer Parkuhren in den Schubladen der Verwaltung lägen. Schließlich wollte man ja auch schon einmal für die Aufstellung von Sonnenschirmen, Tischen und Stühlen vor Restaurants und Cafés mit einer Gebührenordnung abkassieren. Ob man damit der Papenburger Geschäftswelt einen Dienst erweist, wage ich zu bezweifeln. Schließlich sind die parkgebührenfreien Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Geschäfte ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Städten.

Jetzt wird es auf die Papenburger CDU-Stadtratsfraktion ankommen, ob sie ihr durch Wahlgeschenke selbst verursachtes Haushaltsloch durch Parkgebühren schließen will oder ob sie der Stadtverwaltung genau wie SPD und Grüne Einhalt gebietet.

**Peter Raske**
**Am Kamp 31**
**26871 Papenburg**

Ems-Zeitung 07.05.2002

# Mehr Parkplätze am Bahnhof

SPD und Grüne sprachen sich gegen eine Gebührenordnung für das Parken am Bahnhof aus. Sie begrüßten den Ausbau von 37 neuen Parkplätzen am Bahnhof. Parkgebühren am Bahnhof standen für sie im Widerspruch zu einer Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Während die Großstädte Kunden mit kostenlosen Park-and-Ride-Parkplätzen in die Städte lockten, wollte man ausgerechnet in Papenburg am Bahnhof den 1. Parkscheinautomat aufstellen. Die Stadt plante die Einrichtung einer Parkgebühr von 1,50 Euro für einen Tag, für eine 2-Tageskarte 3 Euro, für eine Wochenkarte 3,50 Euro und für eine Monatskarte 7,50 Euro.

Während ganz Papenburg eine parkgebührenfreie Zone war, wollte man ausgerechnet am Bahnhof damit beginnen, Parkgebühren zu kassieren. Dies lehnten SPD und Grünen ab. Die Parkplätze wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert und sollten allen Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen.

Wenn am Bahnhof Parkplätze fehlten, dann könnte man nicht durch Parkgebühren den Mangel verwalten, sondern müsste mehr Parkplätze schaffen. Deshalb forderten SPD und Grüne, neue Flächen für Parkplätze am Bahnhof bereit zu stellen.

Wenn die Bürger zum Umsteigen auf die Bahn motiviert werden sollten, durfte man sie nicht mit Parkgebühren am Bahnhof bestrafen. Parkgebühren dort gingen auch zu Lasten der Pendler. Durch die Fusion der Sparkassen im Emsland nahm die Zahl der Pendler zu. Die Mitarbeiter der Sparkasse, die nach Lingen und Meppen pendeln mussten, hatten jetzt Parkprobleme am Bahnhof. Statt durch Parkgebühren noch mehr Pendler zu veranlassen, mit ihrem Auto zu fahren, sollte die Parksituation am Bahnhof weiter verbessert werden. Gerade am Bahnhof wäre aus psychologischen Gründen ein Überangebot von kostenlosen Parkplätzen wünschenswert.

# CDU-Fraktion bricht Versprechen

Mit Entrüstung reagierte die SPD-Fraktion auf die Entscheidung der CDU-Fraktion, Roland Seemann nicht zum Vorsitzenden der Stiftung zum Schutz der Umwelt zu wählen. Damit beging die CDU einen Vertrauensbruch.

Bei der Konstituierung des Rates und der Ausschüsse meldete die SPD ihren Anspruch auf den Vorsitz der Stiftung zum Schutz der Umwelt an. Diesem Anspruch wurde von der CDU nicht widersprochen. Jetzt wollte die CDU diese Verabredung nicht mehr einhalten. Für die SPD-Fraktion brach die CDU damit das Abkommen über die Verteilung von Parteienvertretern in den Gremien. Damit war sie für zukünftige Absprachen im Rat unglaubwürdig.

Gleichzeitig wandte sich die SPD-Fraktion gegen die verleumderischen Unterstellungen der CDU gegenüber Roland Seemann. Es zeugte von schlechtem und undemokratischem Stil, Vorwürfe zu erheben, ohne Rücksprache mit dem Betroffenen zu halten oder die Anschuldigungen zu prüfen. Die SPD verlangte eine Entschuldigung von der CDU gegenüber Roland Seemann.

Nachdem klar war, dass Roland Seemann sich korrekt verhalten hatte, wurde als Ablehnung für den Vorsitz seine Haltung zum Gutachten über die Belastung des Hafenschlicks genannt, die von der der CDU abwich. Für die SPD zeigte die Begründung von Ursula Mersmann ein zutiefst undemokratisches Politikverständnis: Wer eine andere Meinung als die Mehrheit hatte, wurde abgestraft. Dabei brauchte gerade die Stiftung zum Schutz der Umwelt einen kompetenten und unabhängigen Anwalt der Umwelt zum Vorsitzenden, damit nicht, wie in der Vergangenheit häufig geschehen, die Stiftung zum Selbstbedienungsladen für fragwürdige Umweltprojekte würde.

# Jugendtreff am Obenende

Die Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN sprachen sich für eine Unterstützung der Jugendarbeit am Obenende aus. Die Diskussion um „Willi's Hütte" zeigte, dass für die Jugendlichen am Obenende ein Jugendtreff geschaffen werden müsste. Die Ratsmitglieder signalisierten ihre Gesprächsbereitschaft.

In den vergangenen Jahren wurde die Hütte immer wieder für private Feiern zur Verfügung gestellt, wobei die Getränke immer bei dem Eigentümer gekauft werden mussten. In Papenburg gab es mehrerer solcher „Hütten" für Feierlichkeiten. Einige dieser Hütten waren wahrscheinlich ähnlich wie „Willi's Hütte" ohne ausreichende Baugenehmigung.

Ein Jugendtreff am Obenende dürfte nicht für geschäftliche Interessen missbraucht werden. Die SPD zeigte sich verwundert, dass erst nach der Abrissverfügung ein Jugendverein gegründet wurde. Bezweifelt wurde, dass tatsächlich Jugendlichen die Hütte zur freien Verfügung überlassen wurde.

Unabhängig von dem, was letztendlich mit dem Holzhaus aus ordnungsrechtlichen Gründen passieren musste, regten SPD und Grüne eine Gesprächsrunde von Jugendlichen des Obenendes mit den dort ansässigen Vereinen, der Stadtverwaltung und den Politikern an, um die Möglichkeiten der Schaffung eines unabhängigen Jugendtreffs am dort in Angriff zu nehmen.

**AUGUST 2002**

# Stromversorgung bei den Olympischen Spielen in Athen

Der SPD-Kreisvorstand informierte sich im Gründerzentrum Papenburg bei der Firma „Energiesysteme Johannes Krallmann" über die Leistungsfähigkeit von Blockheizkraftwerken. Begleitet wurde der SPD-Vorstand von Reinhold Robbe, MdB, dem SPD-Landtagskandidaten Klaus Fleer und Mitgliedern der SPD-Stadtratsfraktion.

Reinhold Robbe sicherte Johannes Krallmann seine Unterstützung in Fragen der Wirt-schaftsförderung zu und der SPD-Kreisvorstand wollte sich bei neuen Bauvorhaben des Kreises bei der Energieversorgung für den Einsatz von Blockheizkraftwerken stark machen.

Das Gründerzentrum am Deverhafen in Papenburg nutzte Johannes Krallmann vor drei Jahren als Sprungbrett in die Selbständigkeit. Blockheizkraftwerke von Einfamilienhäusern bis hin zu Industriebetrieben gehörten zur Produktpalette des Diplom-Ingenieurs der Elektrotechnik. Dank ihrer Kraft-Wärme-Koppelung lieferten sie Strom und Wärme zugleich. Johannes Krallmann spezialisierte sich mit seinem Ingenieurbüro im Papenburger Gründerzentrum auf diese Technik. Er hatte in der Region inzwischen 60 kleine Kraftwerke für Wohnhäuser und Landwirte sowie mehrere größere mit einer durchschnittlichen Leistung von 300 kW für Gärtnereien installiert und zum Teil auch gebaut.

Mit Stolz wies er auf den jüngsten Auftrag hin, die Stromversorgung der Olympischen Spiele in Athen mit einem Blockheizkraftwerk.

Neben den Bau von Großanlagen hatte die junge Firma für ein Unternehmen aus Gera auch die Vermarktung kleiner Miniblock-heizkraftwerke namens „Ecopower" übernommen. Zudem schulte Krallmann bundesweit Heizungsbauer für die Installation und den Bau von Blockheizkraftwerken. Die Anlagen wurden meistens mit Erdgas betrieben. Rund 25.000 DM kostete eine kleine Anlage, die mehrere Einfamilienhäuser oder auch Wohnhäuser mit Swimmingpools sowohl mit der nötigen Wärme versorgte als auch gleichzeitig Strom produzierte.

Roland Seemann zeigte sich überzeugt von dem Einsatz der Kraftwärmekoppelung in Blockheizkraftwerken und wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion in Papenburg in der Vergangenheit immer wieder bei neuen Baugebieten die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes gefordert hatte.

*Johannes Krallmann (Mitte) erklärt Reinhold Robbe (2. von links), Hartmut Bugiel (3. von rechts), Roland Seemann (2. von rechts) und den SPD-Kreisvorstandsmitgliedern die Wirkungsweise von Blockheizkraftwerken.*

# Besuch der Kindertagesstätte David

Seit Mai 2001 lag bei der Stadt Papenburg ein Antrag der ev.-lutherischen Kirchengemeinde für den Umbau und die Erweiterung der Kindertagesstätte. Der Rat hatte beschlossen, zunächst den Bau eines völlig neuen Kindergarten zu finanzieren und die Sanierung von „David“ um 1 Jahr zu verschieben. David wurde im Jahre 1974 sehr kostengünstig errichtet. Seither war lediglich eine Erweiterung durch einen wintergartenähnlichen Anbau zum Mitarbeiterinnenraum erfolgt. Dieser Raum musste aber seit zwei Jahren auch für die Kinder genutzt werden. Spiel- und Beschäftigungszonen mussten auf den Flur ausgelagert werden. Es fehlte ein kompletter Gruppenraum, weil dieser bereits vor längerer Zeit als Bewegungsraum genutzt wurde.

Die Kindertagesstätte besuchten 103 Kindern. Ca. 30 Kinder aßen dort Mittag. Die Zubereitung erfolgte in einer viel zu kleinen Küche ohne Möglichkeit der Kinder, beim Essenkochen mitzuwirken und so elementare praktische Fähigkeiten vermittelt zu bekommen.

Die Ratsmitglieder der SPD konnten sich auf ihrem Rundgang durch die Kindertagesstätte von der Sanierungsnotwendigkeit überzeugen. Sie versprachen, alles zu tun, damit die für 2004 durch Ratsbeschluss versprochene Umbaumaßnahme noch im Jahr 2003 begonnen werden konnte.

Pastor Klaus-Uwe Mommensen erläuterte die Umbaupläne und die Konzeption, die Kinder-tagesstätte als pädagogisches Zentrum zu gestalten. Mit dem Umbau könnte eine 5. Gruppe eingerichtet werden mit der Option sogar für eine 6. Gruppe. Roland Seemann und Barbara Gruner sprachen sich für die Sicherung des Standortes an der Barenbergstraße aus.

Die Besucher Sie konnten sich auch von den einmaligen Zugängen zur Natur für die Kinder überzeugen, die ein kleines Waldstück auf dem Gelände bot. Die Kinder konnten dort spielerisch den Kreislauf Natur und Umwelt erleben.

*Anton Schippmann, Hans-Werner Gouterney, Günter Klein, Kindertagesstättenleiterin Gisela Pohl, Barbara Gruner, SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, Ferdinand Saalfeld, Anne Schnieders, vom Kirchenvorstand Hanna Müller und Helga Diekmann, Roland Seemann, Pastor Klaus-Uwe Mommensen*

**September 2002**

# Vorzeitiger Baubeginn bei „David“

Fühlte sich die CDU bei Bruch ihres Wahlversprechens ertappt?

Im Wahlprogramm der CDU zur Kommunal-wahl wurde mit der Finanzierung der Sanierung von „David“ geworben. Darauf wies die SPD-Fraktion hin.

In einem Gespräch mit dem Träger unter Beteiligung der Vorsitzenden des Jugendausschusses lehnte die Stadtverwaltung den Umbau ab und es sollte frühestens in zwei bis drei Jahren darüber neu beraten werden. Die SPD-Fraktion wies in diesem Zusammenhang die Angriffe der Jugendausschussvorsitzenden zurück, die gemeinsame Linie im Rat zu verlassen.

Frau Pöttker löste selbst die Unruhe und Aufregung unter den Eltern aus, weil ihre Gespräche mit dem Träger den Eindruck erwecken mussten, die CDU würde ihr Wahlversprechen nicht einhalten. Die SPD-Fraktion unterstützte die Eltern und Erzieherinnen und forderte die CDU auf, ihr Wahlversprechen umgehend einzulösen.

Wenn der Träger der Kindertagesstätte ein Finanzierungsmodell vorlegte, dass einen vorzeitigen Baubeginn im Jahre 2003 erlaubte, ohne dass der Haushalt 2003 besonders belastet würde, dann sollte die CDU über ihren Schatten springen und diesem Vorhaben zustimmen.

Barbara Gruner machte deutlich, dass die CDU immer wieder bereit war, für andere Vorhaben Geld auszugeben, zuletzt über 50.000 Euro für einen überflüssigen Kräutergarten. Aber sie verweigerte die Unterstützung des Konzeptes der Ganztagsbetreuung, wie es die Kindertagesstätte David vorhielt. Die SPD-Fraktion würde zukünftig bei jeder zusätzlichen Ausgabe, die von der CDU-Fraktion zu verantworten war, die Frage nach der Finanzierbarkeit der Finanzierbarkeit der Kindertagesstätte David stellen.